



## 1. September: Beginn der Aggression vor 85 Jahren – Und heute?

**Dr. Klaus Olshausen**

**September 2024**

### Zusammenfassung

---

Die erste Erkenntnis, die das Gedenken an den Ausbruch der Aggression vor 85 Jahren unterstreicht, besteht darin, dass eine zu schwache und zu späte Abwehr des Aggressors Putin seinen Zielen in die Hände spielt. Neben der Gruppe, die wissentlich oder aus Ablehnung von Krieg die Ukraine der Unterjochung durch Russland preisgibt, wirken auch zwei Gruppen, die die Freiheit und Integrität der Ukraine zum Ziel haben, ohne unterschiedenen Willen und Entschlossenheit, die russische Aggression in der Ukraine zu stoppen, obwohl sie wissen, dass ein Erfolg Putins in der Ukraine die Gefahren für das (noch) freie Europa massiv erhöhen wird. Selbstabschreckung vor starken Maßnahmen gegen Putin und Versagen, der eigenen Bevölkerung die Gefahr eines imperialen Russlands nach einem Erfolg gegen die Ukraine überzeugend darzustellen, verlängern den Krieg, erhöhen das Leiden der Ukrainer und nehmen die fortschreitende Zerstörung des zweitgrößten Landes in Kauf. Wer sich an Risiken ausrichtet und nicht auf das Ziel fokussiert bleibt, kann den Aggressor Putin mit seinen imperialen Vorstellungen für Europa nicht erfolgreich bekämpfen.

### ISPSW

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



## Analyse

---

Am Sonntag stand in Deutschland und vielen Staaten, die vom 2. Weltkrieg hart getroffen waren, beim Gedenken an den Beginn des Aggressionskrieges des „Dritten Reiches“ die Mahnung und Verpflichtung auf einen fairen Frieden ebenso im Mittelpunkt wie die Erkenntnis und die Forderung, dass man nie wieder einem Aggressor schwach und zu spät entgegenzutreten sollte.

Welche Folgen eintreten, wenn diese Einsicht unbeachtet bleibt, kann jeder aufmerksame Mensch seit über zehn Jahren an Russlands schamloser Aggression gegen die Ukraine und deren brutaler Ausweitung durch Putins Regime seit dem 24. Februar 2022 ablesen.

Mitten im dritten Jahr der massiv versuchten Vernichtung und teilweise schon stattfindenden Unterjochung der Ukraine kann man feststellen, dass mit den vielfach geäußerten Worten, „der Aggressor Putin muss gestoppt werden“, aus unterschiedlichen Gründen die Staaten der NATO, der EU und der Partner keinen geschlossenen und entschiedenen Willen erkennen und überzeugende Strategien vermissen lassen. Und so werden auch keine angemessenen und geeigneten Mittel mit durchschlagender Wirksamkeit für dieses Ziel eingesetzt.

In Deutschland, aber auch in anderen Staaten, kann man drei Gruppierungen von Politikern und Bürgern identifizieren, deren Beurteilung und Handeln gegenüber diesem Krieg in unterschiedlicher, ja gegensätzlicher Weise dazu beiträgt, dass die Ukraine im dritten Jahr um ihre Freiheit, ja ihr Überleben kämpft. Alle verurteilen den Angriffskrieg Russlands und alle plakatieren das Wort Frieden.

Zur ersten Gruppe zählen diejenigen – an der Spitze die BSW Vorsitzende Sahra Wagenknecht, die dem Westen eine Mitverantwortung, wenn nicht die Schuld an Russlands Verhalten geben, einen Waffenstillstand vertreten und deshalb auch keine Waffen mehr an die Ukraine liefern wollen. Sie glauben, dass Russland dann in Verhandlungen zu einem Stopp seiner Aggression bewegt werden kann. Sie halten territoriale Zugeständnisse der Ukraine für vertretbar, ja unvermeidbar.

Die russischen Erklärungen zu viel weiter reichenden Zielen negieren sie bzw. glauben nicht an deren Ernsthaftigkeit. Sie sind überzeugt, dass selbst ein quasi Diktatfrieden Russland für sie selbst wieder die Rückkehr zu Stabilität bringen kann und damit Mittel für den Krieg wieder für die eigene Bevölkerung zur Verfügung stehen.

Ein Teil dieser Gruppe vertritt zwar auch den Grundsatz der territorialen Integrität eines Landes, aber deren Repräsentanten haben noch nicht erkennen lassen, mit welchen nicht-kinetischen Mitteln sie Russland nach einem Waffenstillstand zum Verlassen der Ukraine bewegen wollen. Diese Gruppe ist bereit, die Ukraine der russischen Unterjochung und Unfreiheit zu überlassen. Und lebt in der (naiven) Vorstellung, dass Russland damit alles erreicht habe, was es wolle.

Die zweite Gruppe erkennt und verurteilt die Brutalität der russischen Aggression und die über die Ukraine hinausreichenden Ziele Putins. Sie will deshalb die Selbstverteidigung der Ukraine weiter auch militärisch unterstützen. Sie trägt auch die Sanktionen gegen Russland mit. Sie zeigt aber wenig Initiative, diese zu verstärken und endlich Lücken wirksam zu schließen. Sie richtet ihre militärische Unterstützung aber nicht daran aus, dass die Ukraine ihre Gebiete zurückgewinnen kann, sondern begrenzt sie einerseits in Selbstabschreckung vor einer Eskalation durch eigene Maßnahmen und andererseits, weil sie innenpolitische Ablehnung befürchtet, wenn die Hilfe auch Vorhaben im eigenen Land einschränkt.



Sie wollen die Souveränität und Integrität gemäß der Charta von Paris unterstützen, erreichen aber durch ihre letztlich halbherzige und zu langsame Unterstützung, dass der Krieg verlängert wird, das Leiden der Ukrainer fort dauert und das Land in hohem Maße zerstört wird. Das wesentliche Augenmerk liegt auf der (Wieder-) Herstellung der eigenen Verteidigungsfähigkeit für eine glaubwürdige Abschreckung Russlands von Angriffen gegen NATO-Länder.

Die dritte Gruppe setzt sich aus Regierungen einer Reihe von Staaten, Vertretern von Think Tanks und Stimmen einzelner Politiker zusammen. Sie halten die imperialen Absichten für real. Sie sind deshalb überzeugt, dass ein Ende des Krieges mit einem fairen Frieden für die Ukraine und damit der Erhalt der Freiheit Europas davon abhängen wird, der Ukraine keine Beschränkungen im Kampf gegen den Aggressor aufzuerlegen, die man für die eigene Selbstverteidigung nie akzeptieren würde.

Im Augenblick wird das am Einsatz weitreichender Waffen aus westlicher Lieferung auf militärische Ziele in größerer Tiefe des russischen Raumes deutlich, was v.a. die USA noch immer nicht erlauben. Aber auch die völlig unzureichende Unterstützung mit Munition und Waffenträgern gerade für den Kampf im Donezk soll massiv und schnell verbessert werden. Der ukrainische Vorstoß im Oblast Kursk wird als legitim bezeichnet, löst aber keine eigenen Initiativen aus, um die militärische Lage der Ukraine deutlich zu verbessern.

Dass die erste Gruppe wissentlich oder nur aus eigenem Unwillen an diesem Krieg die Ukraine preisgibt und vielfach das russische Narrativ verbreitet, ist für die geopolitische weitere Entwicklung eines imperialen Russlands und deren Folgen für das Europa der NATO, der EU und der Partner äußerst gravierend.

Die zweite Gruppe unterstreicht immer wieder den politischen Zweck einer freien und unabhängigen Ukraine, die Mitglied der EU und der NATO werden soll. Erforderlicher Wille, Mut und Entschlossenheit, das zu verwirklichen, werden aber durch Selbstabschreckung und Unvermögen, die eigene Bevölkerung mehrheitlich hinter diesem Zweck zu versammeln, so gehemmt, dass es gerade reicht, dass die Ukraine noch kämpfen kann, aber nicht für das Zurückweisen des Aggressors.

Die dritte Gruppe, insbesondere mit den baltischen Ländern, kämpft in vielen Bereichen, v.a. der militärischen Unterstützung, gegen Windmühlenflügel – nicht zuletzt in den USA und Deutschland.

85 Jahre nach Beginn des 2. Weltkriegs mahnen die eher ergebnislosen Treffen des NATO-Ukraine-Rates, der EU-Außenminister und anschließend der EU-Verteidigungsminister in der letzten Woche ohne Initiativen für Erfolge gegen den Aggressor, dass es sich rächt, einem brutalen Aggressor nicht so früh und so entschieden wie möglich entgegenzutreten. Diese Mahnung unterstreichen auch die Worte von Frau von der Leyen, die sich in Prag gegen Anzeichen einer Appeasement Politik verwahrte.

\*\*\*

**Anmerkungen:** Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



## Über den Autor dieses Beitrags

---

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



*Klaus Olshausen*